



#dieschmidt der newsletter

11.06.2021

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

viele Milliardenkonzerne, wie Amazon, Google oder Facebook erwirtschaften Milliardengewinne, zahlen aber weniger Steuern als ihre Beschäftigten. Damit wird bald Schluss sein. Olaf Scholz hat lange dafür gekämpft und sich nun endlich gemeinsam mit unseren Partnern der G7-Länder auf eine globale Mindeststeuer geeinigt. Damit wird es endlich mehr Steuergerechtigkeit auf der ganzen Welt geben. Ich hoffe sehr, dass die Mindeststeuer zügig auf den Weg gebracht wird. Ein Satz zur aktuellen Debatte um den Einsatz von Masken für sozial benachteiligte Menschen: Wir haben immer gefordert, dass alle Masken geprüft werden, bevor sie verteilt werden. ([Eine gute Übersicht der Situation gibt es hier](#))

Zu Beginn der Woche hat der Vorschlag des Beratergremiums des Bundeswirtschaftsministeriums, das Renteneintrittsalter auf 68 zu erhöhen, für viel Aufsehen gesorgt. Das Motto „Wer länger lebt, soll auch länger arbeiten“ klingt für die meisten Menschen zynisch. Denn nicht in jedem Beruf kann man bis 68 arbeiten. Eine Studie der Leopoldina zeigt, dass die Spanne der Lebenserwartung zwischen niedrigen und hohen Einkommensgruppen stark auseinander klafft: bei Männern macht das 8,6 und bei Frauen 4,4 Jahre Lebenszeit aus. Wer länger arbeiten möchte kann das schon heute - und es wirkt sich sehr positiv auf seine Rente aus. Aber ein höheres Renteneintrittsalter würde für die allermeisten, die eben nicht mehr weiter arbeiten können, eine Rentenkürzung bedeuten. Und das sind diejenigen, die statistisch nachgewiesen auch noch früher sterben. Das ist doppelt ungerecht. Wir wollen stattdessen die gesetzliche Rente stärken und ein dauerhaft stabiles Rentenniveau erreichen, auch dadurch, dass mehr Beschäftigte, wie Beamte oder Selbstständige und Abgeordnete in die gesetzliche Rente einbezogen werden. [Auf die gesetzliche Rente muss man sich auch weiter verlassen können.](#)

Rente mit 68?
Nicht mit uns!

SPD
Fraktion im
Bundestag

In der Debatte um den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung habe ich gestern in meiner Rede im Bundestag deutlich gemacht, dass wir den Kampf gegen Armut, insbesondere gegen Kinderarmut weiter verstärken müssen. Dabei geht es um die Sicherung eines guten Einkommens und das in erster Linie durch gute Arbeit und einen Mindestlohn von mindestens 12 Euro. Es geht aber auch darum die Aufstiegsmöglichkeiten zu erhöhen. Immer noch hängen in Deutschland Bildungserfolg, Chancen und Karrieren nicht von Talent und Leistung, sondern vielmehr von der Herkunft ab. Das ist beschämend. ([Hier geht es zu meiner ganzen Rede](#))

Zum Schluss noch ein Ausblick in die kommende Woche. In meiner „Woche der Ausbildung“ werde ich nächste Woche Ausbildungsbetriebe und Institutionen besuchen und mich über die Ausbildungssituation in meinem Wahlkreis austauschen. Wir kämpfen um jeden Ausbildungsplatz und wollen trotz der Pandemie allen eine möglichst große Auswahl an Ausbildungsplätzen bieten. ([Mehr Informationen zu Aus- und Weiterbildungsangeboten gibt es hier](#)) Am kommenden Mittwoch spreche ich gemeinsam mit meiner Kollegin Josephine Ortleb und der Vorsitzenden der ASF Lahn-Dill darüber, wie wir echte Gleichstellung für Frauen und Männer erreichen können. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen an der digitalen Veranstaltung um 19 Uhr teilzunehmen. [Zur Anmeldung geht es hier.](#)

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Für Klimaschutz und Nachhaltigkeit



Mit dem Klimaschutzgesetz haben wir 2019 den Grundstein dafür gelegt, dass wir das 1,5 Grad Ziel im Rahmen der Vereinbarungen des Pariser Abkommens zu erreichen. Gerne hätten wir damals schon klare Zwischenziele festgelegt, diese waren aber mit unserem Koalitionspartner nicht durchsetzbar. Das Bundesverfassungsgericht hat uns jetzt Recht gegeben. Wir haben deshalb schon in dieser Woche Verschärfungen der Ziele auf den Weg gebracht. So sollen die schädlichen CO₂-Emissionen bis 2030 auf 65 % und bis 2040 um 88 % gesenkt werden. Klimaschutz darf nicht dazu führen, dass sich Menschen ihr Leben nicht mehr leisten können. Deshalb wollen wir vor allem Alternativen stärken, die ins Leben aller passen.

Gegen Steueroasen



Steuervermeidung und Steuerhinterziehung verhindern, dass wichtige Investitionen in Bildung oder unsere Infrastruktur stattfinden können. Staaten, die dies durch geringe oder die nicht-Einhaltung von international anerkannten Standards noch befördern werden häufig als Steueroasen bezeichnet. Mit dem in dieser Woche abschließend beratenen Gesetz setzen wir eine EU-Richtlinie um und ermöglichen es den Behörden Maßnahmen gegen diese Staaten zu ergreifen. So kann zum Beispiel eine Extra-Steuer für Unternehmen oder Personen erhoben werden, wenn diese eine Zwischengesellschaft haben, die in Steueroasen ansässig sind. Gemeinsam mit unseren europäischen Partner wollen wir so einen wichtigen Beitrag zur Steuergerechtigkeit leisten.

Für einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung



Nicht nur, aber erst recht mit der Pandemie, wurde deutlich, wie wichtig eine Ganztagsbetreuung für Kinder ist. Bis zum Schuleintritt gibt es schon jetzt einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung. Ab 2026 haben alle Kinder in der ersten Klasse einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz. Dieser Anspruch wird jedes Jahr um eine weitere Klassenstufe erweitert, sodass ab 2029 alle Grundschulkinder einen Ganztagsplatz erhalten können. Wir unterstützen die Länder und Kommunen mit insgesamt 3,5 Milliarden Euro. Gleichzeitig beteiligen wir uns ab 2026 mit 100 Millionen Euro und beteiligen uns als Bund ab 2030 mit 960 Millionen Euro jährlich an den laufenden Betriebskosten.

Für Menschenrechte entlang der gesamten Lieferkette



Viele Waren und Güter, die wir tagtäglich konsumieren oder nutzen werden in fernen Ländern hergestellt. Das sorgt dafür, dass wir eine große Verantwortung gegenüber den Beschäftigten entlang der Lieferketten tragen. Wir haben uns endlich gegen die Union durchgesetzt und heute das Lieferkettengesetz verabschiedet. In Deutschland ansässige Unternehmen müssen zukünftig überwachen, ob entlang ihrer Lieferketten die Menschenrechte eingehalten werden. Ansonsten werden empfindliche Strafen fällig. Zudem können Betroffene ihre Ansprüche gegenüber deutschen Unternehmen leichter geltend machen, indem sie sich von NGOs oder Gewerkschaften vor deutschen Gerichten vertreten lassen. In den parlamentarischen Verhandlungen haben wir zudem

durchgesetzt, auch Betriebsrätinnen und Betriebsräte mit in die Sorgfaltspflicht mit einzubeziehen. Das Gesetz ist ein Meilenstein. Wir sorgen zum ersten Mal für Menschenrechte entlang der gesamten Lieferkette.

Für faire Löhne in der Pflege



Die Pandemie hat es für alle öffentlich gemacht: Pflegekräfte müssen bis zu ihrer Belastungsgrenze und darüber hinaus arbeiten, ohne dafür anständig entlohnt zu werden. Und das nicht erst seit das Virus uns in Atem hält. Beharrlich arbeiten wir an einer besseren Entlohnung und besseren Arbeitsbedingungen. Heute haben wir erreicht, dass ab September 2022 alle Pflegerinnen und Pfleger nach Tarif bezahlt werden müssen. Pflegeeinrichtungen werden nur dann zugelassen, wenn sie nach Tarif bezahlen. Denn um die Attraktivität der Pflegeberufe zu steigern brauchen wir gute Löhne. Damit dass nicht auf dem Rücken der zu pflegenden Menschen geschieht, erhöhen wir den Beitragssatz für Kinderlose um 0,1 %. Zum ersten Mal beteiligt sich zudem der Bund direkt

an den Kosten mit einer Milliarden Euro. Wir werden nicht nachlassen, auch weiter an besseren Arbeitsbedingungen zu arbeiten.